

## Steinmeier in Bedrängnis

### *Spendenaffäre und eingeschränktes Erinnerungsvermögen*

Die sonst so in die Medien drängenden Sozialdemokraten namens Schröder und Steinmeier können auch sehr abweisend sein. Das erlebten die Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer letzte Woche in einer Panorama-Sendung. Mit den Worten "Keine Fragen" wies Gerhard Schröder einige wissbegierige Reporter ab. Und am Rande einer Veranstaltung der SPD in Berlin verschloss der Pressesprecher der SPD-Fraktion ungewöhnlich rabiat die Saaltür mit den Worten: "Wir haben Hausrecht. Raus mit Ihnen. Sie wurden mehrfach gebeten ... Dankeschön!" Der Hintergrund für diese ungewöhnlichen Aktionen ist eine Affäre, die jetzt erneut in die Öffentlichkeit transportiert wurde. Berichte hatte es bereit darüber gegeben, dass der AWD-Gründer Carsten Maschmeyer für Schröders Landtagswahlkampf 1998 in Niedersachsen 650 000 DM spendierte, womit unmittelbar vor dem Wahltermin bundesweit Anzeigen in großen Zeitungen geschaltet wurden. Anonym. Die Überschrift der Anzeigen lautete: "Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse sein." Schröder siegte in Hannover und wurde deshalb wenige Minuten nach Bekanntgabe des Sieges vom damaligen SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl im September 1998 ausgerufen. Damit war der damalige SPD-Vorsitzende Lafontaine degradiert. Maschmeyer begründete sein Engagement für Schröder mit den Worten: "Es war das erste Mal, dass eine Landtagswahl quasi die Kandidatenkür für die Opposition war. Und dann habe ich einfach gehandelt, um einen extremen Linksrutsch zu verhindern, weil ich für ein Deutschland der Mitte bin." Neu ist, dass Maschmeyer offensichtlich auch den Bundestagswahlkampf Schröders mit 150 000 DM sponserte. Die Großanzeigen erschienen in den Zeitungen "Die Welt", in "Welt am Sonntag" und in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Wieder blieb Maschmeyer anonym. Also eine illegale Parteispende. Ein Strohmann namens Axel Prümm soll die Anzeigen direkt bezahlt haben. "Ich habe niemals direkt oder indirekt an Herrn Prümm oder die Initiative Mittelstand 150 000 DM für eine Anzeigenkampagne im Wahlkampf bezahlt", erklärte Maschmeyer inzwischen dem Spiegel.

Der Verfassungsrechtler Martin Morlok in Panorama dazu: "Hier wurde eine Spende über einen Strohmann geleistet, um die Identität des wahren Geldgebers zu verschleiern. Das Parteienrecht verbietet so etwas. Wenn die Partei um das Strohmannverhältnis gewusst hat, dann hätte sie die Spende nicht annehmen dürfen. Das war eine schon damals gesetzliche Regelung." Was haben Schröder und Steinmeier gewusst? Kein Wunder, dass sie Presseleuten ausweichen und sich angeblich nach so vielen Jahren nicht mehr erinnern können.

Erinnern tut sich hingegen die ehemalige leitende Mitarbeiterin der Staatskanzlei Schröders in Hannover. "Also ich hab´s Herrn Steinmeier damals gesagt und ich erinnere mich auch, dass ich auch

einen kurzen handschriftlichen Vermerk gemacht habe und ihm mitgeteilt habe, dass er doch bitte auch Herrn Schröder unterrichten möge." Panorama zeigte in der Dokumentation den internen Vermerk: "Es ist unbedingt und zwingend darauf zu achten, dass der Sponsor anonym bleiben möchte. Stellen Sie dies gegenüber dem Ministerpräsidenten (also Schröder) sicher." Zugesagt und abgezeichnet von Frank-Walter Steinmeier, Chef der Staatskanzlei.

Wieder kommt der Verfassungsrechtler Morlok zu Wort: "Wenn er tatsächlich als Leiter der Staatskanzlei es gebilligt hat oder möglicherweise dazu aufgerufen hat, dass man aus der Staatskanzlei sich um Spendeneinwerbung für den Wahlkampf bemüht hat, so war das eindeutig verboten. So ist das eben ein Verstoß gegen die Verfassung." Steinmeier weist gegenwärtig jedes Mittun zurück. Hingegen glaubt er zu wissen, dass Mitarbeiter der Staatskanzlei allenfalls "außerhalb der dienstlichen Verantwortung" - also privat - tätig geworden sein könnten.

Frau Raddatz, die von Panorama vorgestellte Mitarbeiterin der Staatskanzlei, erinnert sich genauer. Schröder hätte zu jener Zeit sicherlich keinen persönlichen Kontakt zu Maschmeyer gehabt. Die Abwicklung der Wahlkampfhilfe sei ausschließlich über ihr Büro erfolgt. Sie habe Steinmeier informiert und er habe das Vorhaben abgenickt. Sollte Steinmeier wirklich nichts gewusst haben? Frau Raddatz dazu: "Die Aktenlage spricht dagegen. Die Aktenlage, wie es sich damals tatsächlich abgespielt hat. Ich stehe dazu, was ich damals gemacht hab. Ich hab das aus Überzeugung, mit Begeisterung getan. Ich hab übers Ziel hinausgeschossen. Da gibt 's gar nichts zu deuteln. Aber ich fände, es wäre gut, wenn auch Herr Steinmeier einfach sagen würde: So wars. Punkt. Aus."

Inzwischen wurde vom Spiegel aufgedeckt, dass Maschmeyer an Gerhard Schröder rund eine Million Euro für die Rechte an dessen Memoiren zahlte. Der Spiegel am 1. Mai 2011: "Maschmeyer bestätigte die Zahlung und sagte, er habe anschließend die Buchrechte weiterverkauft und insgesamt mehrere hunderttausend Euro an dem Geschäft verdient."

Ob der Bundestagspräsident Lammert, der sich inzwischen mit der Steinmeier-Schröder-Maschmeyer-Affäre wegen Verdacht illegaler Parteispenden befassen muss, das Erinnerungsvermögen der drei wachrütteln kann, bleibt unklar. Das Aussitzen war schon immer eine Stärke der drei.

*Rolf Priemer*

---

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)